

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.403.363

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)11135/J-NR/2022

Wien, am 29. Juli 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Nikolaus Scherak, MA, Kolleginnen und Kollegen haben am 31. Mai 2022 unter der Nr. **11135/J-NR/2022** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Vom BMJ in Auftrag gegebene Studien 2021/22“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 4:

- 1. Welche Studien wurden von Ihrem Ministerium (inklusive nachgeordneter Dienststellen) seit 01.08.2021 bis dato (Stichtag: Tag der Anfragebeantwortung) in Auftrag gegeben?
 - a. Bitte um Aufgliederung jeweils nach Inhalt, Auftragnehmer_in und Kosten.
 - b. Bitte um Angabe der Gesamtkosten aller in Auftrag gegebenen Studien.
 - c. Bitte um genaue Erläuterung des Zwecks und Inhalts der jeweiligen Studie.
- 4. Welche der seit 01.08.2021 bis dato (Stichtag: Tag der Anfragebeantwortung) von Ihrem Ministerium in Auftrag gegebenen Studien wurden veröffentlicht?
 - a. Bitte um Auflistung des Status und Ortes der Veröffentlichung.
 - b. Bitte um Angabe einer Begründung bei nicht-veröffentlichten Studien.

Vom Bundesministerium für Justiz wurden im Anfragezeitraum (1. August 2021 bis 31. Mai 2022) folgende anfragerrelevante Studien in Auftrag gegeben:

Thema/Ziel der Studie	Auftragnehmer	Kosten in Euro (netto)	veröffentlicht?
Konsolidierung der Berichte der Arbeitsgruppe zur Ausforschung von NS-Tätern	Zentrale Österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz	5.000	Ja, Website des BMJ seit 17. Mai 2022
Untersuchung Frauenmorde – eine quantitative und qualitative Analyse	Institut für Konfliktforschung (IKF)	26.443,33 (Kostenanteil BMJ)	Noch nicht abgeschlossen
IVF Statistik gem. § 21 FMedG / BMJ Teil 2021	Gesundheit Österreich GmbH	7.590	Gesetzlicher Auftrag (§ 21 FMedG); veröffentlicht auf www.goeg.at

Zur Frage 2:

- Welche Studien sollen in naher Zukunft in Auftrag gegeben werden?
 - a. Bitte um Aufgliederung jeweils nach Inhalt, Auftragnehmer_in und Kosten.
 - b. Bitte um Angabe der Gesamtkosten aller in naher Zukunft geplanten Studien.
 - c. Bitte um genaue Erläuterung des Zwecks und Inhalts der jeweiligen geplanten Studie.

Die Beauftragung nachstehender Studien ist geplant:

Thema/Ziel der Studie	Auftragnehmer	Voraussichtliche Kosten in Euro (netto)
Studie "Vor dem Gesetz sind alle gleich? Ein Projekt zur Sichtbarmachung von Diskriminierung und Ungleichheit von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, nichtbinären, intersexuellen und queeren Personen im Justizbereich"	QWIEN - Zentrum für queere Geschichte	25.000
Studie zum Thema Einrichtung von Gewaltambulanzen in Österreich	Bietergemeinschaft Institut für Rechts- und Verkehrsmedizin des Universitätsklinikums Heidelberg/Univ.-Prof. Mag. DDr. Martin Grassberger	46.064,19

Umfrage zum Thema „Diversität in der Justiz“ im Rahmen des Diversity Managements Ziel ist, mittels anonymer Mitarbeiter:innenbefragung herauszufinden, in welchen Diversity-Dimensionen Handlungsbedarf besteht.	Wirtschaftsuniversität Wien, Institut für Gender und Diversity in Organisations	17.508,90
„Cybercrime – eine Studie zur staatsanwaltschaftlichen und gerichtlichen Verfolgung und zur Phänomenologie von Internetbetrug“	Institut für angewandte Rechts- und Kriminalsoziologie - IRKS	68.000

Zur Frage 3:

- Welche Meinungsumfragen wurden von Ihrem Ministerium seit 01.08.2021 bis dato (Stichtag: Tag der Anfragebeantwortung) in Auftrag gegeben?
 - a. Bitte um Aufgliederung jeweils nach Inhalt, Auftragnehmer_in und Kosten.
 - b. Bitte um Angabe der Gesamtkosten aller in Auftrag gegebenen Meinungsumfragen.
 - c. Bitte um genaue Erläuterung des Zwecks und Inhalts der jeweiligen Meinungsumfrage.

Thema/Ziel der Umfrage	Auftragnehmer	Kosten in Euro (netto)	veröffentlicht?
Ehe- und Partnerschaftsreform Projekt "get active" Partizipation von Minderjährigen, Beteiligung von Jugendlichen, Fragebogen / Umfrage ab 10. Jänner 2022 für 6 Wochen	Portal des Bundesnetzwerkes Österreichische Jugendinfos	400	Ja ¹ .

Zur Frage 5:

- Welchen Mehrwert brachten die seit 01.08.2021 bis dato (Stichtag: Tag der Anfragebeantwortung) in Auftrag gegeben Studien für die Arbeit Ihres Ministeriums?
 - a. Welche Erkenntnisse aus Studien flossen seit 01.08.2021 bis dato (Stichtag: Tag der Anfragebeantwortung) in die Arbeit Ihres Ministeriums ein?
 - b. Welche Maßnahmen wurden konkret auf Basis von Studienerkenntnissen umgesetzt?

¹ <https://www.bmj.gv.at/service/publikationen/Online-Umfrage-unter-Jugendlichen-zum-Thema-Obsorge,-Kontaktrecht-und-Unterhalt.html>

Wie sich bereits aus den oa. Tabelleninformationen ergibt, beruhen einzelne Studien und Auswertungen auf dem Auftrag des Gesetzgebers selbst; andere Studien dienen der Vorbereitung laufender Legislativvorhaben des Bundesministeriums für Justiz. Die Ergebnisse der Studie in Form des Abschlussberichts der Zentralen Österreichischen Forschungsstelle für Nachkriegsjustiz stellen den Projektabschluss der Tätigkeit der Arbeitsgruppe zur Ausforschung von NS-Täter:innen dar und bilden einen wesentlichen Beitrag zur kritischen Beleuchtung der Aufarbeitung von NS-Verbrechen durch die österreichische Justiz. Der Abschlussbericht wurde im Rahmen einer am 17. Mai 2022 im BMJ gemeinsam mit der Zentralen Österreichischen Forschungsstelle für Nachkriegsjustiz abgehaltenen Informationsveranstaltung unter Beteiligung auch internationaler Expert:innen präsentiert.

Zu den Fragen 6 und 7:

- *6. Die letzten Monate waren gezeichnet von Enthüllungen rund um den missbräuchlichen Umgang mit Studienaufträgen durch Ministerien (Beinschab- und Karmasin-Affäre). Haben Sie in Ihrem Ministerium Maßnahmen gesetzt, um einen solchen missbräuchlichen Umgang mit Studienvergaben für die Zukunft zu verhindern?*
 - a. Wenn nein, warum nicht?*
 - b. Wenn nein, sind Maßnahmen in Planung?*
 - c. Wenn ja, welche Maßnahmen wurden gesetzt?*
 - d. Wenn ja, inwiefern wurden Studienvergabeprozesse angepasst?*
- *7. Die letzten Monate haben gezeigt, dass in der Vergangenheit Studien in Form von "Meinungsumfragen" von Ministerien in Auftrag gegeben wurden, welche der regierenden Partei und nicht dem Ministerium und damit den Steuerzahler_innen zu Gute kamen. Wie stellen Sie sicher, dass von Ihrem Ministerium lediglich Studien in Auftrag gegeben werden, die wirklich einen Mehrwert für die Arbeit Ihres Ministeriums und damit für die Österreicher_innen bringen?*

Zunächst wird darauf hingewiesen, dass im Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Justiz keine Wahrnehmungen über einen missbräuchlichen Umgang mit Studienaufträgen vorliegen. Wie sich aus den oa. Tabellen ergibt, sind sämtliche Beauftragungen im Zusammenhang mit der Erfüllung gesetzlich zugewiesener Aufgaben des Bundesministeriums für Justiz ergangen. Alle Vertragsabschlüsse erfolgen entsprechend dem Bundesvergabegesetz 2018 (BVergG 2018).

Mit Präsidialverfügung des Bundesministeriums für Justiz vom 11. Mai 2022 wurde zudem darauf hingewiesen, dass bei Direktvergabe von Aufträgen über geistige Dienstleistungen grundsätzlich – sofern dies nicht im Einzelfall unzumutbar oder unwirtschaftlich wäre –

mindestens drei Vergleichsangebote einzuholen sind. Darüber hinaus darf auf die Compliance Schulungen im Bereich des Bundesministeriums für Justiz hingewiesen werden.

Zur Frage 8:

- *Auf Grund diverser Enthüllungen der letzten Monate wurde deutlich, dass Studienaufträge von Ministerien in der Vergangenheit gezielt in Anfragebeantwortungen verheimlicht wurden. Wie stellen Sie sicher, dass wirklich alle Studienaufträge (inkl. Meinungsumfragen) Ihres Ministeriums seit 01.08.2021 bis dato (Stichtag: Tag der Anfragebeantwortung) in Anfragebeantwortungen aufgelistet sind?*

Der Vorwurf einer Verheimlichung von Studienaufträgen betrifft nicht das Justizressort, welches regelmäßig, nach bestem Wissen und Gewissen und nach sorgfältiger Prüfung des elektronischen Aktenbestandes über die ergangenen Beauftragungen und angefallenen Kosten auf Grundlage der gesetzlichen Auskunftspflichten informiert.

Zur bestmöglichen Erfüllung des gesetzlichen Informationsauftrags werden sämtliche Aufträge über Studien und sonstige Leistungen mit wissenschaftlichem Hintergrund, in einer internen Liste erfasst. Um die Vollständigkeit der Anfragebeantwortung sicherzustellen, werden ergänzend ministeriumsweite ELAK-Abfragen durchgeführt, die Budgetabteilung des Hauses mit der Auswertung von einschlägigen Auszahlungen und – bei zusätzlichem Informationsbedarf – die für die Beauftragung konkret zuständige Fachabteilung direkt befasst.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

